

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Hitlers Start
SAP ruft zur Einheitsfront
Illa Ehrenburg: Salpeter
Kohle, Strom und Dividende

SA-Terror in Breslaus Straßen

Wie wir nach Redaktionschluss erfahren, ist es in Breslau-Stadt bereits zu ernsthaften Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitern und Polizei und Nazis gekommen. Es werden ein Toter und drei Schwerverletzte gemeldet.

Aufruf!

Für Massen-Mobilisierung und gemeinsamen Abwehrkampf

Die Todfeinde des Proletariats, Nazi, Großagrarier und Schwerindustrie, haben sich im Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg zusammengefunden.

Die wachsenden Schwierigkeiten der Krise haben den bankrotten Kapitalismus zu gesteigerter Ausplünderung der Massen und zu immer schlimmeren Korruptionsmethoden gedrängt, bis sie zuletzt im Osthilfeskandal grell in die Erscheinung getreten sind. Zur Durchführung dieser Methoden sind nicht einmal die bescheidenen Reste der Demokratie erträglich. Nur durch die faschistisch-kapitalistische Diktatur, nur durch die Auslieferung entscheidender staatlicher Machtpositionen an die Nazis glaubt man, diesen Weg fortsetzen, glaubt man, den kapitalistischen Ausweg aus der Krise erzwingen zu können.

Das Kabinett Hitler ist die offene Kampfansage an die Arbeiterschaft, ist die brutale Herausforderung der gesamten werktätigen Massen.

Nur die Zusammenfassung der Kräfte der arbeitenden Massen, nur die gemeinsame Aktion des Proletariats hätte dieser verhängnisvollen Entwicklung rechtzeitig Einhalt gebieten können. Aber alle Bemühungen, diese Einheitsfront herbeizuführen, sind an

der Führung von SPD und KPD gescheitert. So kam es, wie es kommen mußte, so kam es zur Diktatur Hitler-Hugenberg.

Die kapitalistisch-faschistische Diktatur-Regierung bedroht das Proletariat, bedroht die Masse der Werktätigen über alles Maß der bisherigen Unterdrückung, über alles Maß der bisherigen Leiden hinaus mit tödlichen Gefahren. Schon feiern die Faschisten im Siegestaumel ihre historische Stunde, die historische Stunde ihres Sieges über das Proletariat.

Aber die deutsche Arbeiterklasse ist trotz unaufhörlichen Rückzuges noch nicht besiegt.

Noch stehen ihre Organisationen unerschüttert. Aber sie stehen in getrennten Heereslagern, die einzeln leicht zu besiegen sind. In der Stunde äußerster Gefahr müssen sie zusammen marschieren, müssen sie vereint schlagen.

Selbst auch heute noch, die Führer sich dem einheitlichen Kampfeswillen der Arbeiter-Massen entgegenstemmen, so müssen die Massen Einheitsfront und gemeinsamen Kampf erzwingen, einen Kampf, dessen Ziel sein muß, an die Stelle der Ausbeuter-Diktatur und des kapitalistischen Ausweges aus der Krise die Regierung der Werktätigen und den sozialistischen Ausweg aus der Krise zu setzen.

Genossinnen und Genossen! Wir haben uns sofort an die Leitung der Parteien und Gewerkschaften gewendet mit der Aufforderung des schleunigen Zusammenschlusses aller Arbeiterorganisationen zur Herbeiführung der geschlossenen Kampffront. Euch rufen wir auf, in dieser schicksalsschweren Stunde überall in den Betrieben und an den Stempelstellen die Massen zu mobilisieren für den gemeinsamen Kampf, überall, zunächst lokal, die geschlossene Abwehrfront herbeizuführen zu helfen und so den Massendruck auf die Reichsleitungen von SPD und KPD unwiderstehlich zu machen.

Nieder mit der Kapitals-Diktatur!
Nieder mit dem Faschismus!
Nieder mit dem Kapitalismus!

Für die proletarische Einheitsfront!
Für die Regierung der Werktätigen!
Für den Sozialismus!

Berlin, den 30. Januar 1933.

Der Vorstand der
Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.
Max Seydewitz, Kurt Rosenfeld.

Was fordert die Stunde?

Hitlers Einzug in das Reichskanzler-Palais ist von „Sturmhem Jubel begeisterter Volksmassen“ begrüßt worden. In Berlin und allerorts haben SA und Stahlhelm „Siegeseiern“ angesetzt. Die Zurufe der militärisch marschierenden Bataillone der Gegenrevolution drangen zu den Fenstern des Saales, in dem die Regierung Hitler ihre erste Sitzung abhielt. Die Regie hat geklappt.

Dennoch durfte Hitler, wenn er in all den vergangenen Jahren von diesem „Tag der Erfüllung“ träumte, sich die Sache wesentlich anders vorgestellt haben. Er ist nun Reichskanzler, und seine Freunde Frick und Goeting sind zu Reichsministern ernannt worden. Aber neben diesen drei Nationalsozialisten sitzen in dieser Regierung acht Deutschnationale, und sie haben auch noch die wichtigsten Ministerien für sich in Anspruch genommen. Die Deutschnationalen, die in der Wählerschaft höchstens den vierten Teil des Anhangs der NSDAP besitzen, haben in der Regierung nahezu eine 2/3-Mehrheit. Nicht mit Unrecht nennt ein Zentrumsblatt diese Regierung nicht ein Kabinett Hitler, sondern ein Kabinett Hugenberg. Hitler ist Reichskanzler, aber die Hugenberger regieren.

Mit dieser Feststellung ist zugleich die Situation der Nationalsozialistischen Partei gekennzeichnet. Daß die NSDAP die Versprechungen, die sie in all den Jahren der wüsten Agitation in der widersprechendsten Weise allen Schichten und Gruppen ihrer Wähler gegeben hat, auf keinen Fall in der Regierung erfüllen konnte — das war immer klar und ist wohl auch den Führern der NSDAP im Grunde ihres Herzens niemals zweifelhaft gewesen. Daß die NSDAP die Arbeitslosigkeit weder beseitigen, noch auch nur lindern wird, daß sie der kapitalistischen Wirtschaftskrise keinen Einhalt gebieten kann — das wird zwar für Millionen ihrer Wähler eine grausame Enttäuschung geben, aber den klar denkenden Menschen war das immer eine Selbstverständlichkeit.

Das Besondere der Zusammensetzung der Regierung Hitler ist jedoch der Grad, in dem das kapitalistische Element in seinen reaktionärsten und kurzichtigsten Vertretern überwiegt. Das Besondere ist das Ausmaß, in dem die Nationalsozialisten den anderen das Feld überlassen haben. Weder das Finanzministerium noch das Wirtschaftsministerium, weder das Ernährungsministerium noch das Arbeitsministerium noch das Reichskommissariat für die Arbeitsbeschaffung — keine einzige wirtschaftliche Position also ist von einem Nationalsozialisten besetzt oder auch nur in Anspruch genommen worden.

In diesen Ministerien sitzen die Hugenberg und Seldte, die Graf Schwernin von Krosigk und Gereke. Das sind nicht nur Vertreter des kapitalistischen Systems schlechthin, sondern die stärksten Männer dieser Regierung sind die Exponenten der einseitigsten großagrarischen Interessengruppen. Wenn diese Kräfte — und es ist nicht daran zu zweifeln! — die wirtschaftspolitische Linie der neuen Regierung bestimmen werden, dann muß diese Politik der Autarkie, der Zollmauern, der Handelskriege, der Riesen-subsidien an ostelbische Junker, der Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel zu weiterer furchtbarer Verschärfung der kapitalistischen Krise führen. Die Politik dieses Kabinetts muß, von seinen sozialreaktionären Plänen ganz zu schweigen, zu einer Vernichtung der letzten Absatzmöglichkeiten deutscher Waren auf dem Weltmarkt, damit zur Arbeitslosigkeit von weiteren hunderttausenden Industriearbeitern und zur völligen hoffnungslosen Zerrüttung der deutschen Reichsfinanzen führen. Die National-

Der Auftakt der Hitler-Regierung

Erste Kabinettsitzung
Versprechungen auf Einhaltung der Verfassung

Berlin, 30. Januar.

Das Reichskabinett hat Montag nachmittag seine erste konstituierende Sitzung zwischen 5 und 7 Uhr abgehalten. Reichskanzler Hitler legte die Grundzüge seiner Politik dar und erörterte insbesondere das Verhältnis der Regierung gegenüber dem Reichstag. In einer ausgedehnten Aussprache innerhalb der Regierung wurde eine völlige Einmütigkeit sämtlicher Kabinettsmitglieder festgestellt.

Hierauf wurde beschlossen, dem Reichspräsidenten an Stelle des zurückgetretenen Staatssekretärs Planck den Ministerialrat im Reichsministerium des Innern Dr. Lammer zum Staatssekretär in der Reichskanzlei und an Stelle des zurücktretenden Ministerialdirektors Marcks das Mitglied des Reichstags, Chefredakteur Walther Funk zum Ministerialdirektor und Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung vorzuschlagen.

Presse-Empfang

Erst Zuckerbrot, dann

Im Anschluß an die Kabinettsitzung empfing Reichsinnenminister Frick im Beisein des neuen Pressechefs Ministerialdirektor Funk die deutsche Presse. Minister Frick betonte, daß die Regierung Wert darauf lege, nicht in die Zwangslage kommen zu müssen, die auf nationalsozialistische Veranlassung hin seinerzeit beseitigten Verordnungen zur Einschränkung der Pressefreiheit wieder einführen zu müssen. Er sei gegen Presseknüttelung (. . . und beginnt mit Beschlagnahme der „Roten Fahne“!). Er appellierte an die loyale Mitarbeit der deutschen Presse aller Richtungen am Wiederaufbau der Nation. Zu den wichtigsten politischen Fragen nahm Minister Frick folgendermaßen Stellung:

Entgegen der Diskussion in der Linkspresse sei die Frage einer Eingliederung

der SA in den staatlichen Apparat oder ihre Ausgestaltung zu einer Hilfspolizei niemals (!) erörtert worden. Eine derartige Maßnahme werde nicht angestrebt. Was das vielerörterte Verbot der kommunistischen Partei betreffe, so habe das Kabinett gegen eine solche Maßnahme Stellung genommen (?). Eine Verfassungsreform, wie sie seinerzeit unter dem Kabinett Papen in Angriff genommen worden sei, stünde gegenwärtig nicht in den Absichten der Regierung. Was das entscheidende Verhältnis der Regierung zum Reichstag betreffe, so habe die Regierung keine Veranlassung, im Augenblick den Parteien ihre in völliger Einmütigkeit gefaßten Eventualbeschlüsse bekanntzugeben. (Die bekannte Drohung mit der Peitsche.) Minister Frick versicherte ausdrücklich, daß die Regierung völlig im Rahmen der Verfassung (?) vorgehen wolle, das heißt, die Annahme eines Mißtrauensvotums im Reichstag mit

Auflösung und Neuwahlen

beantworten würde. Alle weiteren Maßnahmen und Eventualitäten hängen dann ab von dem Verhalten der Linken und des Zentrums.

Hier klingts schon anders

Berlin, 30. Januar.

CNB, Reichsinnenminister Dr. Frick äußerte sich zu einem Mitglied der Schriftleitung des Völkischen Beobachters über die nächsten Ziele und Absichten der neu ernannten Regierung. Zu der Tatsache, daß von einzelnen Kommunisten in der letzten Woche Flugblätter verteilt wurden, in denen zum Generalstreik aufgefordert wurde, betonte der Minister: Sollte sich dies die kommunistische Partei nicht noch anders überlegen, so werden wir mit den

schärfsten Maßnahmen gegen einen derartigen Generalstreik vorgehen. Ueber das Verhältnis Reichsregierung—Preußen führte Dr. Frick u. a. aus, daß die Regierung die Einrichtungen der Reichskommissare übernommen habe.

Weiter äußerte der Minister, die Regierung werde dem Reichstage ein Ermächtigungsgesetz vorlegen, daß dieser entsprechende Bestimmungen der Verfassung der Reichsregierung ausstellen solle.

Der faschistisch-nationale Mob rast

SA- und Stahlhelmeinmarsch durchs Brandenburger Tor — Hindenburg am berühmten Eckfenster

Berlin, 30. Januar.

Zu Ehren des Reichspräsidenten und aus Anlaß der Bildung des neuen Kabinetts Hitler veranstalteten die Groß-Berliner und Brandenburger Organisationen der SA und SS gemeinsam mit dem Landesverband Groß-Berlin des Stahlhelm am Montagabend einen Fackelzug.

Um 1/8 Uhr setzte sich eine unüberschaubare Menge, umrahmt von Tausenden und Aber-tausenden von Fackeln, am Großen Stern in Bewegung, marschierte die Charlottenburger Chaussee herunter, durchschritt feierlich das Brandenburger Tor (!! Die Bannmeile spielte natürlich keine Rolle mehr.). Das nationale Deutschland hielt seinen Siegesinzug in die Reichshauptstadt . . .

Dort aber, an dem Fenster, an dem auch Bismarck einst einen Fackelzug entgegengenommen hatte, da stand der greise General-feldmarschall, der große deutsche Führer. Jubelnd klang usw.

Wenige Minuten weiter, an der neuen Reichskanzlei, war ebenfalls ein Fenster geöffnet. Dort standen der Reichskanzler, der Führer des Stahlhelms, der Vizekanzler von Papen.

Man sieht, der nationalistische Rummel wie — 1914. Doch die Enttäuschung selbst dieser Massen wird viel schneller als erst in vier Jahren (1918) folgen.

Heute 18 Uhr demonstriert Breslaus Arbeiterschaft

sozialisten die dem Kabinett die Massenbasis geben und trotz der Reichskanzlerhaft Hitler nicht die Führer dieser Bewegung sein lassen dürfen. Die Arbeiterklasse ist der einzige Garant, der die Arbeiterklasse danken.

Aber natürlich haben auch die Nationalsozialisten ihre Tunkelung in der von Bundrats Hitler-Hugenberg. Wenn die Politik des Kabinetts der Harzburger Front zu weiteren furchtbaren Verbrechen der Massen führt, wenn immer neue brutale und provozierende Anschläge die letzten sozialen Lebensrechte und politischen Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse treffen, dann muß die herrschende Klasse den Anbruch der Unruhen, den verzweifelt zu allem endlosen Widerstand des Proletariats führen. Diese Entwicklung, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung und damit die ganze Stellung der besitzenden Klasse und dem Untergang bedroht, kann nicht mit Sicherheit durch den Staatsapparat allein gehandhabt werden. Hier ist der Punkt, an dem die Sublime der Kontrevolution, die Scharen des Stahlheims und der SA, unentbehrlich werden für die Herren auf den Kommandohöhen der Wirtschaft und an den Schreibtischen der Ministerien. Die bezahlenden Versicherungen, mit denen die Herren Funk und Lunk ihre Tätigkeit eröffnen haben, dürfen niemanden über die wahre Situation täuschen. Alle Mittel der staatlichen Machtmorgane und die Scharen der brennen und feldtruppen Terrororganisationen werden in Bereitschaft gehalten, um bei dem mindesten Anlaß, unter irgend einem Vorwand, um den man nicht verlegen sein wird, gegen die Klassenbewegte Arbeiterschaft, gegen die revolutionären Organisationen des Proletariats losgelassen zu werden. Je rascher die neue Regierung entschlüsselt wird, je brutaler ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen sind, um so eher wird diese Niederknüpfung der Arbeiterschaft einsetzen.

Sind so die innenpolitischen Gefahren aller Art, die Gefahren für die Existenz der Arbeiterbewegung und für das nackte Leben der Arbeiter selbst riesengroß, so sind es die Gefahren der außenpolitischen Entwicklung nicht weniger. Wir haben so häufig in der SAZ auf diese Zusammenhänge hingewiesen, daß wir uns heute damit begnügen können, in die Erinnerung zu rufen, welche Stärkung des deutschen Militarismus, welche Steigerung der akuten Kriegsgefahren, welche erhöhte Bedrohung der Sowjet-Union die Regierung Hitler-Hugenberg bedeutet. Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges — das ist der letzte, wenn auch von keinem Minister ausgesprochene Sinn des Kabinetts der Harzburger Front.

Man sollte wahrlich meinen, daß diese Aussichten genug Anlaß wären, alle Arbeiterorganisationen zu einheitlichem Widerstand zusammenzureißen und die furchtbaren Fehler der proletarischen Taktik der Vergangenheit zu erkennen und zu revidieren. Die ersten Meldungen, die heute über die Haltung des ADGB und der SPD vorliegen, bezeugen leider das Gegenteil. Die Aufrufe des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften berufen sich auf die Verfassung und mahnen zur Besonnenheit — das ist alles, was man in dieser Stunde den deutschen Arbeitern zu sagen hat. Mit anderen Worten: die Tatsache der Ernennung des Kabinetts Hitler-Hugenberg wird ebenso widerstandslos hingenommen, wie der Staatsstreich vom 20. Juli und alles Vorhergegangene.

Ja, noch schlimmer! Die Führung der SPD hält es für richtig, in diesem Augenblick einem bürgerlichen Pressebüro die Mitteilung zur Verbreitung zu übergeben, daß das Gerücht über eine gemeinsame Beratung von Sozialdemokraten und Kommunisten über ihre Stellung gegenüber einem Kabinett Hitler völlig falsch sei. Es hätten weder gemeinsame Beratungen mit den Kommunisten stattgefunden noch seien sie beabsichtigt. In solch schamloser Weise grenzt sich in diesem Augenblick die reformistische Führung von der zuerst bedrohten kommunistischen Partei ab, mit solch zynischer Offenheit wird jede Möglichkeit, irgendeine Verständigung herbeizuführen, von vornherein abgelehnt.

Diese Haltung ihrer Führer wird die Massen der Arbeiter der Eisernen Front mindestens so schwer enttäuschen wie die Kapitulation am 20. Juli. Damit ist zugleich die große Gefahr verbunden, daß Tausende sozialdemokratischer Funktionäre und Hunderttausende von Mitgliedern und Anhängern der sozialdemokratisch geführten Organisationen mißmutig und endgültig enttäuscht beiseite treten. Hier ergibt sich eine wichtige Aufgabe für unsere Partei. Die SAP muß alle Kräfte einsetzen, um diese wertvollen Teile der Arbeiterklasse dem proletarischen Kampf zu erhalten und ihre Energien für die revolutionären Auseinandersetzungen zu gewinnen.

Das kann die SAP trotz ihrer organisatorischen Schwäche erreichen, weil sie die politische Entwicklung bis zum heutigen Tage richtig vorausgesehen und sich damit Vertrauen bei den Arbeitern weit über unsere organisatorischen Grenzen hinaus erworben hat — sie kann es, weil sie auch in dieser Stunde unerbittlich und eindeutig den einzigen möglichen Rettungsweg für die deutsche Arbeiterklasse weist.

Mehr als je ist in diesem Sinne auch in dieser Stunde Dienst an der SAP der beste Dienst an der Arbeiterklasse. Die Genossen unserer Partei, die in all der verflochtenen Zeit last Uebermenschliches an Arbeit und Opfern geleistet haben, müssen, so unmöglich es klingen mag, jetzt ihre Kräfte noch stärker anspannen. Höchste Aktivität und letzte Opferbereitschaft für die Rettung der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung — das ist es, was die Stunde von uns erfordert!

Die Proletarier-Massen zum Kampf entschlossen

(Eigene Meldung der SAZ)

Berlin, 30. Januar.

Das Berliner Proletariat hat die Machtvergrößerung Hitlers nicht so ruhig aufgenommen, wie es nach den heutigen Pressemitteilungen und nach dem „Vorwärts“ den Anschein hat. In vielen Stadtteilen, besonders in Neukölln, fanden spontane große Massenkundgebungen statt, bei denen vor allem die Einmütigkeit und der Einheitsfrontgedanke des Proletariats in den Vordergrund traten.

SPD, KPD, SAP, Reichsbanner, Kampfband, Schutzband, demonstrieren gemeinsam gegen den Faschismus.

Die aufgetriebenen Polizeikommandos erwiesen sich als völlig machtlos. Die Nazis wurden von den Massen hinweggefegt und verschwanden in den Arbeitervierteln ganz aus dem Straßenbild. Die Nazilokale mußten unter dem Druck der von der Arbeiterschaft beherrschten Straße ihre Lokale bereits um 9 Uhr schließen.

Hoffentlich ziehen die Führung der SPD, der KPD und der Gewerkschaften die notwendigen Konsequenzen aus der Massenstimmung und verwirklichen die praktische Forderung der SAP:

Sofort zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreten!

SAP ruft zur gemeinsamen Aktion

Berlin, 30. Januar 1933

An den Vorstand der

SPD, der KPD, des ADGB und des Afa-Bundes

Die Regierung Hitler-Hugenberg bedeutet die offene Kampfansage an die gesamte Arbeiterschaft. In dieser Situation ist es eine Lebensfrage für die gesamte Arbeiterbewegung, daß sich alle Arbeiterorganisationen über alle trennenden Grenzen hinweg zum gemeinsamen Kampf zusammenfinden.

Wir schlagen deshalb vor, daß sofort Vertreter aller politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen proletarischen Organisationen zu einer gemeinsamen Besprechung zusammentreten. Vom Vorstand des ADGB als der Leitung der ausschlaggebenden überparteilichen Organisationen erwarten wir, daß er sofort die Initiative ergreift. Wir sind überzeugt, daß keine Organisation sich einen solchen Ruf versagen kann und wird.

Mit sozialistischen Grüßen

Hauptvorstand

der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Parteien und Presse zur Hitler-Regierung

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Führungen und die Zeitungen der NSDAP, der Deutschnationalen und Volkspartei ein Jubelgeschrei über Ernennung dieser Regierung anstimmten. Viel wichtiger ist hier die Stellung der zunächst fernstehenden übrigen bürgerlichen Kreise. Ihnen, selbst den schwerindustriellen Kreisen ist bei der Sache wenig wohl. So schreibt das Sprachrohr der Ruhrindustriellen die „Kölnische Zeitung“:

Es ist ein großer Sprung, den gestern die deutsche Politik mit dem Übergang von Schleicher zu Hitler gemacht hat. Wird er über die Schlucht hinweg auf besseres Land oder wird er mitten in den Abgrund führen? ...

Alles in allem besteht für die Privatwirtschaft kein Grund zu besonderem Jubel und Aufatmen, aber ebensowenig Grund dazu, die Flinte ins Korn zu werfen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt in einem aus Berlin datierten Artikel unter der Überschrift:

„Unter welchen Bedingungen — Unter welchen Garantien?“ u. a.: Herr Hitler wird ohne Zweifel mit ungeheuren Jubel von seinen Parteigenossen als Kanzler begrüßt werden. Aber wir fragen uns, ob dieser Jubel sehr lange dauern wird. Die Umgebung, in der wir Herrn Hitler sehen, ist zwar alles andere als vertrauensnerkend, aber die Zusammensetzung des Kabinetts beweist, daß Herr Hitler schwerwiegende Bedingungen hat annehmen müssen. Herr Hugenberg getraut sich überdies aus den divergierenden großagratischen und industriellen Interessen eine akzeptable Synthese zu machen. General von Blomberg gilt allgemein als einer der besten, wenn nicht der beste General des Ministeriums. Er vertritt Deutschland mit Umsicht und Ruhe bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen. Sicher ist er der

Mann, der nicht beabsichtigt, Hitler oder Papen die Alleinherrschaft in die Hände zu spielen. (?)

Zentrum zurückhaltend

Hitler bemüht sich, das Zentrum mit in die Koalition zu bekommen um so auch die parlamentarische Mehrheit zu haben. Scheinbar will aber das Zentrum nicht. Die „Germania“ schreibt:

Die Zentrumsparlei nehme gegenüber dieser ohne sein Zutun vollzogenen Kabinettsbildung eine eiskühle Haltung ein. Sie habe, da man sie über die Voraussetzungen dieser Regierungsbildung, über die Ziele, Methoden und das Programm des neuen Kabinetts in keiner Weise orientiert und ihr auch keinerlei Gelegenheit zu einer Meinungsäußerung gegeben hat, für die jetzt beginnende Entwicklung nicht die geringste Verantwortung. Das, was jetzt nach wochenlanger heimlicher Arbeit zustande gekommen sei, sei nicht der Ausdruck dieser vom Zentrum erstrebten Sammlung. Das Zentrum warte bis dahin mit unerschütterlicher Ruhe ab.

„Der Deutsche“, das Organ der christlichen Geisteskräfte, nimmt eine scharf ablehnende Haltung zum Hitlerkabinett ein.

SPD und ADGB wie gewöhnlich — warten untätig ab

Berlin, 30. Januar.

CNB. Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielten heute eine gemeinsame Sitzung ab in der ein

„Aufruf an das arbeitende Volk“ beschlossen wurde. In diesem Aufruf heißt es: „Wir führen unseren Kampf auf dem Boden der Verfassung. Die politischen und sozialen Rechte des Volkes, die in Verfassung und Gesetz verankert sind, werden wir gegen jeden Angriff mit allen Mitteln verteidigen. Jeder Versuch der Regierung, ihre Macht gegen die Verfassung anzuwenden oder zu behaupten, wird auf den äußersten Widerstand der Arbeiterklasse und aller freiheitlich gesinnten Volkskreise stoßen. Zu diesem

„Rote Fahne“ beschlagnahmt!

Berlin, 31. Januar.

WTB. Die Morgenausgabe der „Roten Fahne“ ist polizeilich beschlagnahmt worden. Ferner wurde heute früh ein Extrablatt der kommunistischen Reichstagsfraktion „Alarm — Alarm“ mit der Überschrift „Neuer 20. Juli droht“ beschlagnahmt.

entscheidenden Kampf sind alle Kräfte bereit zu halten. Undiszipliniertes Vorgehen einzelner Organisationen oder Gruppen auf eigene Faust würde der gesamten Arbeiterklasse zum schwersten Schaden gereichen.“ Der Aufruf schließt mit einer Aufforderung zu Disziplin und Einigkeit. („Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“.)

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine Freie Angestelltenbund, der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften und die Gewerkschaft Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, richten an ihre Mitglieder, einen Aufruf, in dem sie unter Hinweis auf die geänderte politische Lage sagen, die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stünden auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, sei kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Der Aufruf schließt mit der Warnung „Lafst Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten!“

Ein Skandal

Berlin, 30. Januar.

VDZ. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Zusammensetzung des neuen Reichskabinetts tauchte das Gerücht auf, Sozialdemokraten und Kommunisten seien zu gemeinsamer Beratung über ihre Stellung gegenüber einem Kabinett Hitler zusammgetreten. Von maßgebender Stelle der sozialdemokratischen Partei wird dieses Gerücht als völlig falsch bezeichnet. Es hätten weder gemeinsame Beratungen mit den Kommunisten stattgefunden, noch seien sie beabsichtigt.

Die Sozialdemokratie will nicht einmal in den Verdacht kommen, daß sie zur proletarischen Einheit, zum Kampf entschlossen ist.

KPD-Kundgebung verboten

Essen, 30. Januar.

Die Pressestelle des Polizeipräsidium teilt mit: Die für Mittwoch, den 1. Februar, angekündigten Aufzüge und Versammlungen der KPD und ihrer Nebenorganisationen unter freiem Himmel in Essen werden auf Grund des Artikels 123 Abs. 2 der Reichsverfassung wegen unauflöslicher Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten.

Anschläge gegen kommunistische Parteilokale

Halle (Saale), 31. Januar.

WTB. In der Nacht zum heutigen Dienstag kam es in der Innenstadt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Mehrere Personen wurden verletzt. Es wurden auch Schüsse abgegeben, wobei ein Kommunist einen Streifschuß erhielt. In einer kommunistischen Eisdielen wurden die Fensterscheiben eingeworfen, und ein anderes kommunistisches Verkehrslokal wurde demoliert. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Reichstag erst am 7. Februar

Berlin, 30. Januar

VDZ. Der Ältestenrat des Reichstages hat noch keinen Termin für die nächste Reichstagsitzung bestimmt. Es wurde aber beschlossen, daß der Reichstag spätestens am Dienstag nächster Woche (7. Februar) zusammentreten soll. Die endgültige Festsetzung des Termins erfolgt im Einvernehmen mit der Regierung und hängt davon ab, wann die Regierung ihre Erklärung vor dem Reichstag abgeben will. Gegen einen sofortigen Zusammentritt des Reichstages schon am morgigen Dienstag hatte das Zentrum Bedenken geäußert.

Mißtrauens-Anträge

Die Reichstagsfraktionen der SPD und der KPD haben für die nächste Reichstagsitzung Mißtrauensanträge gegen die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg eingebracht.

Mitglieder-Versammlung der SAP Breslau

Stellungnahme zum Reichsparteitag — Einmütiger Aufruf zum Kampf gegen Hitler

Am Montagabend fand im großen Saale des Schießwerder eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung der SAP Breslau statt. Die Versammlung war einberufen worden, um der Mitgliedschaft Gelegenheit zu geben, zu den innerparteilichen Debatten und damit zu den Problemen des kommenden Reichsparteitages Stellung zu nehmen. Durch die Veränderung der politischen Situation, die in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ihren sichtbarsten Ausdruck findet, erhielt die Versammlung gleichzeitig den Sinn,

den geschlossenen Kampfwillen der ganzen Partei nach außen hin zu dokumentieren.

Auf diesen Gesichtspunkt verwies sofort Gen. Eckstein in seinen einleitenden Worten, in denen er betonte, daß es in der tödlichen Gefahr, die allen Arbeitern und allen Arbeiterorganisationen drohe, nur eine Aufgabe gäbe:

die Einheit der ganzen Arbeiterklasse herzustellen.

Er gab bekannt, daß die SAP Breslau sofort zu einer Demonstration der Breslauer Arbeiterschaft für Dienstag nachmittag aufgerufen habe und legte weiterhin einen Appell der Breslauer SAP an die Breslauer und an die deutsche Arbeiterschaft vor. Dieser Appell wurde sofort ohne Aussprache einstimmig angenommen. Er lautet:

„Die Mitgliederversammlung der SAP appelliert einstimmig an das gesamte Proletariat Breslaus, an das ganze deutsche

wird. Ohne Vorbehalte müsse die Einheitsfront gebildet werden, auch wenn man sich nur über den ersten kleinen Schritt einig und klar sei.

Als Korreferent beleuchtete auch Gen. Zweiling zunächst die allgemeine politische Situation. Er betonte, daß es unmöglich sei, Defensive und Offensive voneinander zu trennen, denn in wenigen Stunden oder Tagen könne eine defensive Handlung des Proletariats in eine offensive umschlagen. Daher müsse sich eine revolutionäre Partei nicht nur über den ersten Schritt, sondern auch über die weiteren klar sein. Das ist, betonte Gen. Zweiling, besonders deshalb eine Lebensfrage für die SAP und für die revolutionäre Arbeiterklasse, weil sonst eine neue Täuschung des Proletariats durch die reformistischen Führer zum schwersten Schaden der Arbeiterklasse eintreten könne. Die verhängnisvollen Illusionen, die bei den Genossen der Parteivorstandsminorität über die Entwicklungsmöglichkeiten der SPD vorhanden sind, müssen zu einem neuen 1918, zu einem neuen großen Betrug der Reformisten an der Arbeiterklasse führen. Weil wir der Meinung sind, daß die weitere Entwicklung der SAP von höchster Bedeutung ist für den ganzen Kampf der Arbeiterklasse, darum ringen wir um die Mehrheit auf dem kommenden Reichsparteitag; gleichzeitig erklären wir, daß wir, wenn wir in der Minorität bleiben sollten, uns der Entscheidung der Mehrheit fügen werden, weil alles getan werden muß, um die Einheit der SAP zu erhalten und ihre Schlagkraft zu stärken.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich acht Genossen. Die Schlussworte der Gen. Zweiling und Seydewitz ergänzten die Ausführungen der Referate und gaben der Mitgliedschaft eindeutige Klarheit über die in der Partei vertretenen Auffassungen. Der ganze Verlauf der Versammlung, der immer wieder einsetzende stürmische Beifall bei den Ausführungen des Gen. Zweiling und die Abstimmungen ergaben, daß die überwältigende Mehrheit der SAP Breslau auf dem Standpunkt der Parteivorstandsminorität steht.

Es folgte nunmehr die Abstimmung über verschiedene Entschlüsse. Gegen wenige Stimmen angenommen wurde zunächst die folgende, von den Gen. Eckstein und Kirstein eingebrachte Entschlüsse:

„Die Existenz der SAP ist notwendiger als jemals. Ihre Aufgabe ist es, in enger Verbindung mit allen Strömungen innerhalb des Proletariats durch zielklare Politik die in der Arbeiterschaft sich häufende Erbitterung in Massenaktionen umzusetzen und die Kampfkraft des Proletariats zu steigern, bis es für den letzten Machtkampf reif ist.

Um ihren Aufgaben zu genügen, muß die Partei in ihren Reihen den demokratischen Zentralismus verwirklichen, der besteht in der Einheitlichkeit der grundsätzlichen Auffassung, in der Initiative und Verantwortung der Führung, in einem Organisationsaufbau, der die beständige Kontrolle und Beeinflussung aller leitenden Organe bis zum Parteivorstand und ihrer politischen und organisatorischen Entscheidung durch die Mitglieder und die unteren Organisationen sichert, sowie in der disziplinierten Durchführung aller Aktionen. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erwartet die Breslauer Organisation vom Parteitag, daß seine Beschlüsse von dem Willen zur Geschlossenheit, der hier vorhanden ist, getragen werden.“

Ebenfalls gegen wenige Stimmen angenommen wurde der folgende Zusatzantrag der Stadtteil-Leitung Nord-Ost:

„Die Mitgliederversammlung fordert als eine Selbstverständlichkeit, daß der Parteivorstand nur aus solchen Genossen zusammengesetzt wird, die sich in Wort und Tat auf den Boden der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms stellen. Sie verurteilt auf das schärfste jedes Spielern mit dem Gedanken der Spaltung und der Absplitterung von der Partei.“

Einstimmige Annahme fand folgender Antrag:

„Sämtliche Delegierte der Breslauer Organisation werden von der heutigen Generalversammlung verpflichtet, unter keinen Umständen auf dem Parteitag eine Spaltung der SAP zuzulassen oder zu unterstützen.“

Weiterhin wurden folgende Anträge angenommen:

1. „Der Parteitag möge beschließen, daß der auf der letzten Bezirkskonferenz Schlesiens angenommene Antrag betr. Schaffung eines zentralen Organisationsbüros vom neugewählten Parteivorstand sofort durchgeführt wird.“

2. „Die Mitgliederversammlung der SAP Breslau am 30. Januar 1933 nimmt mit größter Besorgnis von den Vorgängen im Bezirk Niederrhein der SAP Kenntnis. Ohne sich für die eine oder andere Seite zu entscheiden, erklärt die Mitgliederversammlung:

1. Funktionsenthebungen von Ortsgruppenvorständen durch eine Bezirkskonferenz und Ausschlüsse von Genossen ohne ordnungsgemäßes Verfahren widerspre-

- chen dem Parteistatut und sind daher unzulässig.
- 2. Die Einsetzung von Kommissaren als Leitung der oppositionellen Ortsgruppen ist statutenwidrig und unerträglich für das Fortbestehen der SAP.
- 3. Die Mitgliederversammlung erwartet vom Parteivorstand, daß er, wo solche Verstöße vorgekommen sind, sofort statutenwidrige Maßnahmen korrigiert. Die Mitgliederversammlung betont, daß die peinlichste Beachtung des Statuts die Voraussetzung dafür ist, daß unsere Partei ohne bleibenden Schaden über die gegenwärtige Krise hinwegkommt.“

Zur Frage der Parteitags-Delegation legte Gen. Eckstein eine Einheitsliste vor. Auf dieser Liste waren die ersten 12 Plätze in Vorbesprechungen des Gen. Eckstein und Kirstein besetzt worden, während vereinbarungsgemäß über das 13. Parteitagsmandat in der Versammlung abgestimmt wurde. Es ergab sich eine überwältigende Mehrheit für den von Gen. Kirstein vorgeschlagenen, auf dem Standpunkt der Parteivorstandsminorität stehenden Genossen. Mit der Bestätigung der Einheitsliste durch die Mitgliederversammlung wurde gleichzeitig einstimmig festgestellt, daß damit die Wähler der Parteitagsdelegationen endgültig erfolgt sei und eine Urwahl nicht mehr in Frage komme.

Nach Mitteilungen des Gen. Rausch über die für Dienstag nachmittag angesetzte Demonstration wurde die Versammlung mit dem Rufe „Kampfbereit“ geschlossen.

Abschluß des Bauarbeiter-Streiks

Quartals-Vertreter-Versammlung des Baugewerksbundes Breslau

In der Vertreterversammlung am 26. Januar erstattete Kollege Meise, Vorsitzender, den Bericht über die am 21. Januar beendete Lohnbewegung im Breslauer Baugewerbe. Nach seiner Meinung „haben wir einen guten Kampf gekämpft“. Am 31. Oktober vorigen Jahres kündigten die Unternehmer, der Schlesische Baugewerbe-Verband, das Lohnabkommen (den bestehenden Maurerlohn von 92 Pf.), um im November nur noch 82 Pf. zu bezahlen. Sie kündigten für Ende November einen weiteren Lohnabbau an. Die Baustellen reagierten darauf mit Streik; durch Schiedsspruch sollte der alte Lohn bis 31. 12. 1932 vorläufig weiter gelten. Die Unternehmer lehnten diesen Spruch ab. Der Streik verbreitete sich. Weitere Verhandlungen vor Tarifamt und Schlichter waren erfolglos. Einzelne Unternehmer bezahlten den alten Lohn von 92 Pf. und wurden deshalb nicht bestreift. Ihre Zahl vermehrte sich im Januar immer mehr, bis es am 21. Januar 78 maßgebende Firmen waren, so daß an diesem Tage der Streik als beendet erklärt wurde, da nur einige kleine „Pinscher“ übrig blieben, die sowieso keine Arbeiten in Auftrag mehr hatten. Koll. Meise erklärte auch: „Wir haben in diesem Kampf keine Abstimungen gehabt, und das war gut so, denn Streiken ist auch eine „Vertrauensfrage“. Die Lehrlinge seien in Zukunft besser zu erfassen, denn sie haben im Streik keine unwichtige Rolle zum Schaden der Streikenden gespielt.“

Die Presse, außer der „Volkswacht“, bekam auch ihr Teil ab, denn obwohl „SAZ“ und „AZ“ durchaus loyal über die Streikbewegung berichteten, freute es Koll. Meise nicht. Ihre Berichte waren „verfälscht“. Die „Neuesten Nachrichten“ hatten es abgelehnt, einen objektiven Bericht der Gewerkschaft zu bringen. Tatsächlich soll es aber noch eine nicht unerhebliche Anzahl Bauarbeiter geben, die dieses arbeiterfeindliche Blatt lesen. Die „RGO“ hat selbstverständlich auch versagt und man freute sich, einige verirrte Schäfflein „von wegen der Streikunterstützung“ zurückgewonnen zu haben. In der Aussprache zu diesem Bericht erhob man, daß leider organisierte Kollegen erst vom Bau geholt werden müßten. Ein Antrag, die Streikbrecher zu publizieren, fand beim Vorstand keine Gegenliebe.

Beim 2. Tagesordnungspunkt: Kassenbericht, kam das finanzielle „Ergebnis“ des Streiks zum Ausdruck. Kassierer Koll. Ohlig mußte auch für das Quartal Oktober—Dezember einen Mitgliederabgang von 200 feststellen, gegenüber 62 Neueintritten. Er tröstete sich

und die Versammlung damit, daß dieser Verlust in der Hauptsache die Gruppe der Bauhilfsarbeiter betreffe, die doch „übersetzt“ gewesen sei. Um den Streikverlust der Lokalkasse wieder einigermaßen wett zu machen, fand ein Antrag des Beirates, den Verbands-Vollbeitrag um 5 Pf. zu erhöhen — Annahme.

Zum 3. Punkt: „Gewerkschaftliches“ wäre zu erwähnen, daß Koll. Meise, den in der Zahlstelle Klettendorf gewählten oppositionellen Kollegen des Vorstandes die Qualifikation zu ihren Ämtern absprach und mitteilte, daß sie vom Bezirksvorstand nicht bestätigt würden. Diese bürokratische Diktatur muß jede Initiative und jedes Interesse der breiten Mitgliedschaft ersticken und den Mitgliederückgang immer mehr steigern. Daher gilt es im Interesse des Verbandes, dagegen mit verschärfter Wucht Sturm zu laufen.

Das strafmildernde Deutschlandlied

Die Pressestelle der Universität teilt mit: „Die bei den letzten Demonstrationen am Dienstag, dem 24. Januar, festgestellten neun studentischen Ruhestörer standen heute vor der akademischen Disziplinarbehörde. Von ihnen wurde einer freigesprochen, einer mit der Entfernung von der Universität, einer mit Verlust des Semesters, die übrigen mit Androhung der Entfernung bestraft. Die Tatsache, daß die Ruhestörer das Vaterlandslied mitgesungen hatten, konnte als strafmildernd nicht in Betracht gezogen werden, da hier ein gröblicher Mißbrauch der Hymne vorlag.“

Nur immer hübsch verschweigen, daß es sich bei den „neun studentischen Ruhestörern“ um intellektuelle Banditen der braunen Soldateska handelt!

Das „Vaterlandslied“? Sie meinen das „Deutschlandlied“, diese „Hymne“, die imperialistische Raubgellüste verherrlicht.

Interessant, daß also in den Augen des Bürgertums — wenn man in diesem Falle auch nicht davon Gebrauch gemacht hat — das Deutschlandlied als „strafmildernd“ angesehen wird.

Wenn also einer von den braunen Herden mit dem Deutschlandlied auf den Lippen einen Arbeiter erdolcht, dann werden ihm also mildernde Umstände zugebilligt.

Hitler Reichskanzler!

Was tut die deutsche Arbeiterklasse?

Arbeiter aller Parteien und Richtungen, jetzt gilt es geschlossen wie ein Mann den Kampf aufzunehmen — Her mit der Einheitsfront des gesamten Proletariats gegen Reaktion u. Faschismus

Breslauer Arbeiterschaft demonstriert für die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Naziregierung

Heute Dienstag, den 31. Januar, 18 Uhr, auf dem Neumarkt

Abmarsch 17.30 Uhr von folgenden Plätzen: Striegauerplatz — Weißbäckerplatz — Brockauerplatz — Teichbäcker Sadowastraße

Sozialistische Arbeiter-Partei Sozialistischer Schutzbund Sozialistischer Jugend-Verband

Riesen-Explosion

Glücklicherweise nur drei Schwerverletzte

Katowitz, 30. Januar

Heute Morgen gegen 9 Uhr explodierte in der Kokerei der Wolfgang-Grube in Ruda-Poremba ein Ammoniakbehälter. (2) Das ganze Maschinenhaus flog in die Luft. Die Zahl der Toten und Verletzten ist noch nicht bekannt. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Die Detonation war bis nach Beuthen vernehmbar.

Wie wir zu dem Explosionsunfall auf der der Rudaer Steinkohlengrube gehörenden Wolfgang-Grube weiter erfahren, soll die Explosion dadurch hervorgerufen worden sein, daß eine Motoranlage explodierte und als Folge davon ein Gasbehälter in die Luft flog. Daraufhin stürzte fast die gesamte Maschinenhalle ein, nur die Außenwände blieben stehen.

Bei den Verletzten drei Personen, die in das Lazarett gebracht werden mußten, handelt es sich um zwei Arbeiter und eine Renemachefrau. Glücklicherweise befand sich von den dort beschäftigten 130 Arbeitern niemand in der Nähe des Explosionsherdes. Die ganze Maschinenhalle bildet einen wüsten Trümmerhaufen. Sämtliche Maschinenanlagen wurden zerstört.

Nach Schätzungen der Polizei soll sich der Schaden auf drei Millionen Zloty, nach anderen Schätzungen auf 1,5 Millionen Zloty belaufen. Während der Grubenbetrieb am Freitag wieder aufgenommen werden kann, muß die Kokerei etwa sechs Monate stillgelegt werden. Bis zu

diesem Zeitpunkt sollen 260 Mann der Bergschafft mit Aufbaumarbeiten beschäftigt werden. Die genauen Untersuchungen über die Ursache der Explosion sind noch im Gange.



Fußgänger mehr Vorsicht!

Guttentag, 30. Januar.

Auf der Chaussee Guttentag—Zawadzki wollte eine Frau kurz vor einem daherkommenden Lieferwagen den Fahrdamm überqueren. Da der Kraftwagenführer fürchtete, die Frau zu überfahren, bremste er stark. Auf der glatten Straße geriet das Fahrzeug ins Schleudern; die Frau wurde erfaßt und zur Seite geschleudert; sie erlitt einen Beinbruch. Das Auto fuhr gegen einen Baum, der Chauffeur und ein Mitfahrer wurden erheblich verletzt.

Eine Greisin verbrannt

Londeshut, 30. Januar.

In Krausendorf wurde von Hausbewohnern die laut um Hilfe schreiende 77 jährige Witfrau Ernestine Bartsch in Flammen stehend aufgefunden. Das Feuer konnte zwar bald erstickt werden, die Frau hatte aber so schwere Brandwunden davongetragen, daß sie bald darauf verstarb. Sie ist wahrscheinlich dem Feuer im Ofen zu nahe gekommen, so daß ihre Kleider Feuer fingen.

Fürsorgestellten umgezogen

Am 20. Januar 1933 sind die Krüppelfürsorge und die Fürsorgestelle für Alkoholranke — beide zur Fachabteilung 1 des Städtischen Fürsorgeamtes gehörend — von Ritterplatz 1 Schuhbrücke 36 nach Springerstraße 14 verlegt worden. Die Krüppelfürsorge befindet sich jetzt im I. Stockwerk und die Fürsorgestelle für Alkoholranke im IV. Stockwerk des genannten Grundstücks.

An alle Genossinnen und Genossen von Oels und Umgegend!

Für Oels und Umgegend ist vom Bezirksvorstand ein Delegierter zum Parteitag zugewiesen worden. Die Wahl desselben muß durch Urwahl erfolgen. Wahlvorstand ist der Ortsvorstand.

Bezugnehmend auf § 4 der Wahlordnung bitte ich alle Genossen und Genossinnen, bis zum 3. Februar 1933 Wahlvorschläge beim Vorsitzenden der Ortsgruppe Oels abzugeben. Jeder Wahlvorschlag muß von 10 Mitgliedern unterzeichnet sein.

Geht bis zum 3. Februar nur ein Wahlvorschlag ein, so gilt der angegebene Kandidat als gewählt; eine Urwahl findet dann nicht statt. Der Ortsgruppenleiter.

Olympiaturner in Elsterberg!

Städtewettkampf Chemnitz—Meuselwitz—Elsterberg

Nur noch einige Tage und der Kampf beginnt. Ein seltenes Ereignis, weil es in unserer ganzen Einstellung zum Wettkampfgedanken im allgemeinen begründet liegt, daß darartige Kämpfe äußerst selten sind. Unser Ziel ist, nicht einzelne Menschen körperlich zu bilden, sondern die Masse. Damit soll nicht gesagt sein, daß es in unseren Reihen nicht auch Kräfte gibt, die auf diesem Gebiet vorzügliches leisten. Die erste und zweite Arbeiter-Olympiade in Frankfurt und Wien hat gezeigt, daß unsere Kämpfe zur besten internationalen Klasse gehören. Gerade die Besten der Olympia, die gegen die sehr gute Klasse der Finnen und Schweizer gekämpft und gesiegt haben werden ihre Kunst vorführen.

Die Chemnitzer Riege trug im Dezember des vergangenen Jahres einen Städtewettkampf in der Reichshauptstadt Berlin aus, und konnte Berlin mit 921 Punkten aus dem Felde schlagen, wohingegen Berlin nur 898 Punkte erreichte. Dieselbe Mannschaft wird sich auch in Elsterberg etablieren. In der Chemnitzer Riege sind vertreten der Sachsenmeister und zweiter Olympiasieger Kurt Neubert.

Meuselwitz stellt auch eine Riege, wovon man Leistungen erwarten kann. Namen wie Stein, Heinke, Apelt sagen genug. Es sind alles Kämpfer, die den Kreis Thüringen oftmals vertreten haben.

Doch auch die Elsterberger Riege ist nicht müßig gewesen. Wochenlang schon haben sie auf diesen Kampf getübt, um wenigstens einigermaßen ein ehrenvolles Resultat herauszuholen.

Im Rahmenprogramm treten die Gäste Kurt Rodel, erster Olympiasieger im 7-Kampf und Walter Rahfeld, erster Olympiasieger im 10-Kampf aus unserer Nachbarstadt Greiz. Nicht allen ist es vergönnt, eine so hohe Stufe von Kraft, Mut, Geschicklichkeit und Geistesgegenwart zu erreichen. Aber freuen wir uns alle, wenn wir die schönen Körper in ihrer unverwundlichen Linienführung vor Augen haben. Es steigt dann großer der Wunsch in uns auf, möglichst vielen Menschen die Leibesübungen zum Lebensbedürfnis zu machen. Für diesen Gedanken zu werben ist der Städtewettkampf verbunden mit Kunstturnen, einen der vielen Werbemöglichkeiten. Darum am 4. Februar 1933 Parole: Alles zum Städtewettkampf in die Turnhalle des Turnvereins Frisch-Auf, Elsterberg.

Kleine Sportnachrichten

„Freie Esperanto-Vereinigung Breslau“. Am Dienstag, den 31. Januar 1933, um 19.30 Uhr, im Arbeiter-Radiobeam, Paradiesstr. 17, Übungsabend. Freie Menschen, Breslau, Freitag den 3. Februar 1933, findet eine außerordentliche Versammlung der jüngeren Mitglieder statt. Thema: „Die körperbildende Arbeit in unserer Gruppe.“ Das Erscheinen eines jeden Genossen und jeder Genossin bis zu 30 Jahren ist Pflicht. Mittwochs fällt die Gymnastik aus, dafür Montag 2 w e l Stunden. Genossen, sorgt für stärksten Besuch unserer Abende! Der Tankret, wieder alle Sonnabende.

Arbeiter-Samariterbund

Achtung Frauen! Heute Dienstag, den 31. Januar, Frauenabend im GW Zimmer 17, Aertzlicher Vorstr. Die Frauenleitung.

Stadttheater (Opernhaus). Gerhard Hüsch, der erste lyrische Bariton der Städtischen Oper Berlin, dessen außergewöhnlich große Erfolge sowohl in der Oper als im Konzert in ganz Deutschland bekannt sind, wird heute Abend (an Stelle des erkrankten Herrn Weith) die Partie des Grafen Brühl in „Friedemann Bach“ singen.



Veranstaltungsgruppe der PKG, Donnerstag, 19.30 Uhr, Besprechung bei Felgentreu.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAK)

Achtung! Engerer u. Erweiterter Vorstand. Die Sitzung muß von heut Dienstag auf Montag, den 6. Februar, verschoben werden. Achtung! Abteilungsleiter! Wir unterstützen die Kinderveranstaltung der PKG am Sonntag, den 12. Februar, 14.30 Uhr, in der Montistischen Gemeinde, indem alle Jung- und Rotfalken dieselbe besuchen. Karten sind durch Gen. Dittmann in Empfang zu nehmen.

Die Rot... Rak... Ber... Kom...

STADTTHEATER
Dienstag, 20 — 23.30
Abonn.-Vorst. A 10
Friedemann Bach
Mittwoch, 19.1 — 22
Abonn.-Vorst. B 10
Die Bohème
Donnerstag, 19.30 — 22.45
Abonn.-Vorst. D 10
Tannhäuser

LOBETHEATER
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
20.15 — 22.15
Gastspiel von J. Juchny's
Der blaue Vogel
Freitag, 20.15 — 22.45
Zu wahr, die schön zu sein
GERHART-HAUPTMANN
THEATER
Täglich 20.15 — 22.20
Schneider Wibbel

Herren- und Damen-Pelze, Fahrräder, Möbel, Federbetten, Herren- und Damen-Uhren und viele andere Sachen
Leihhaus-Brüll & Co
Matthiasstraße 88

Genossen Beachtet unsere Inserate

preiswerte bücher s. z. buchvertrieb

Elsterberg i. V.

Gerätelehren-Städtewettkampf in Elsterberg
Chemnitz-Meuselwitz-Elsterberg
am 4. Februar 1933 in der Turnhalle des Turnvereins Frisch-Auf, Elsterberg i. Vgl.
Kampfbereit!
Franz Löwe, Elsterberg i. Vgl., Dübenerstr. 3

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau, Inserat: Herbert Scho. z. Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen, Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gehrt, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 zuzüglich RM. 1.30 Porto monatlich

Der Leser der SAZ kauft bei:

Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse, Neue Graupenstr. 6/10

Möbel Max Meink
Ohlauerstr. 53/54

Werbt Abonnenten

Josef Thomas
Inh.: Johannes Heisig / Mauritiusplatz 1/2
Edeka-Geschäft :: Kolonialwaren :: Feinkost

Bruno Sarembe
Kolonialwaren, Möbelfabrikate, Spirituosen
Verkehrstraße 78, Ecke Liederstraße

Beachtet unsere Inserate

ZENTRUM

Wo kauft man seine Ledersohlen?
Bei **Gutsche — Überall** empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln!
Grüßbacher Straße 19/21 • Bohrerer Straße 43 • Poststraße 7 • Matthiasstraße 14

Für **2.50 Mk.** schon einen herrlichen **Präsent-Korb**
bei **C. G. Müller**
Delikatessen-Haus
jetzt Neue Taschenstr. 1b gegenüb. d. Altkaser

Besucht das **„Proleton“**
Arbeiter-Sport-Kartell

Alleinverkauft:
Alfred Schliesinger
Schmiedebrücke 13
Genz besonders günstige Tarifung
Ständige Stickschule
Eigene Reparaturwerkstatt

Wurst- u. Fleischwaren kaufen alle Hausfrauen nur bei
Rudolf Dietrich, Breslau 1
Ohlauer Straße 30 :: Tel. Sammeln. 536 64
und in den Filialen:
Gartenstr. 21 • Karls-Wilh.-Str. 147 • Schmiedebrücke 5 • Steinhilberstr. 11
Ich sende Ihnen alles frei Haus

Butter, Käse, Eier, Schmalz, Margarine nur bei
Carl Jos. Kessler, Inh. O. Klein
Friedrich-Wilhelmstr. 29, Klosterstr. 67,
Markthalle Gartenstr., Stand 125/126,
Bismarckstr. 27.

Richard Pusch
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGEN • FOTO

OSTEN

Erich Freitag
Edeka-Geschäft • Kolonialwaren
Spirituosen • Weine
Tabake • 8 1/2
Karl-Marx-Str. 38

Paul Scholz Kolonialwaren
Klosterstr. 135

Joh. Hammerling
Grünstraße 15, Ecke Palmstr.
Edeka-Geschäft Kolonialwaren / Weine / Spirituosen

Leserinnen und Leser der SAZ!
Schneidet untenstehende Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt damit Eure Zeitung und ermöglicht Ihren Ausbau.

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab

Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“	Wir lesen die SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung Geschäftsstelle: Gartenstr. 21, Tel. 206 02 u. 567 68 und kaufen nur bei unseren „Inserenten“
--	--	--	--	--

„Salpeter schützt die Staaten und stützt die Throne“

Von Ija Ehrenburg

Im Jahre 1896 publizierte der englische Chemiker William Crookes eine düstere Prognose: die Welt werde in dreißig Jahren zu verhungern beginnen. Sir William wies nach, daß der Boden sich schnell erschöpfe, während die Salpetervorräte sehr gering seien. Wenn es keine natürlichen Düngemittel mehr gibt, werde die Menschheit ihr Gehir in den Schrank legen können. Die Rettung liege bei der Chemie — es müßten künstliche Düngemittel gefunden und der Boden Europas durch sie verjüngt werden. Andernfalls werde in dreißig Jahren das Angebot nicht mehr der Nachfrage entsprechen und Hungersnot beginnen.

Sir William ist ein guter Chemiker gewesen — er hat die Erfindung des synthetischen Stickstoffs vorausgesehen. Er ist ein schlechter Ökonomist gewesen — denn er hat nicht vorausgesehen, wohin diese Erfindung führen würde. Die Welt tritt in der Tat in eine Hungerfalle ein, aber das Angebot übersteigt die Nachfrage, und die Welt hungert aus Getreideüberfluß. Schuld an diesem Uebelstand sind auch die chemischen Düngemittel, von denen Sir William Crookes träumte.

Die Arbeiterbewegung haben mit Hilfe der chemischen Düngemittel den Feldertrag verdreifacht: ein Boden, der früher 8 Quintal Weizen pro Hektar hervorbrachte, trägt heute 25 Quintal.

Diese fetten Fluren sind ein Ergebnis des Krieges. Der Krieg hat den Boden nicht mit Heldengräbern, sondern mit einer neuen Erfindung gedüngt: mit dem synthetischen Stickstoff. Die Verfüllung des Erdbodens erwies sich als eng mit der Ausrottung der Menschheit verknüpft. Um Getreide zum Blühen zu bringen und um Menschen zu vernichten, bedarf man ein und desselben Produktes: Salpeter. König Heinrich IV. hat einmal gesagt: „Der Salpeter stützt die Throne und schützt die Staaten“. Die Verwendungsarten des Salpeters haben sich seitdem geändert, aber seine hoch heilige Rolle ist die gleiche geblieben. Im Herbst 1916, während der Sommerkämpfe, verpulverten die Alliierten täglich 5000 Tonnen Chilesalpeter.

Während die einen Menschen an den Ufern der Somme starben, bereicherten sich die anderen in einer unerhörten Weise — das waren die Salpeterbesitzer. Sie bauten Paläste in Arica und Antofagasta, sie kauften gewaltige Autos, sie ließen sich aus Europa Gemälde und Altertümer kommen. In Chile wurde Tag und Nacht gearbeitet — die Arbeiter förderten Salpeter.

Zwischen dem Ozean und den Anden erstreckt sich ein schmaler Landstreifen. Das ist eine Wüste. Fabriken statt Bäume — 170 Werke verarbeiten Nitrate. 100.000 Menschen leben von diesen Nitraten. Sie verdanken ihr Wohlergehen dem Himmel — an dem kein Wölkchen zu sehen ist. Das hier ist ein Land, auf das nie Regen niederfällt. Wenn hier Regengüsse niedergingen, trügen sie den Reichtum des Landes fort. Aber über dieser Wüste herrscht ewiger blauer Himmel. Die Nitrate werden auf Dampfer verfrachtet. Wenn

Europa arbeitet, machen diese Nitrate seine Fluren fett. Wenn Europa Krieg führt, vernichten diese Nitrate seine Städte und Dörfer. Das ist die Macht des Chilesalpeters. Das ist der Reichtum der chilenischen Republik.

Im Krieg ist Deutschland von Chile abgeschnitten gewesen. Deutschlands Chemiker kamen nicht aus ihren Laboratorien heraus. Was Jahrzehnte Friedensarbeit nicht zu vollbringen vermochten, wurde in einigen Monaten geschafft: die Chemiker erfanden den synthetischen Stickstoff. Die Deutschen lernten Sprengstoffe ohne Chilesalpeter herstellen.

Nach Beendigung des Krieges fand sich für den synthetischen Stickstoff eine neue Verwendung — in den Dörfern tauchte die bunte Reklame für künstliche Düngemittel auf; die Aktien der Gesellschaften, die sich mit der Herstellung des modischen Erzeugnisses befaßten, brachen wunter in den Börsentübel ein; die Erfindung von gestern wurde zu einem gewaltigen Industriezweig; nach und nach entstanden Konzerne; nach Verlauf von kaum zehn Jahren mußte die erste der Kunststicker-Krisen gewidmete internationale Konferenz einberufen werden.

Kurz vor dem Kriege war Deutschland der Hauptabnehmer Chiles — es führte rund zwei Millionen Tonnen Salpeter ein. Heute verkauft Deutschland an alle europäischen Länder synthetischen Stickstoff; er ist billiger als Chilesalpeter. Groß und vielseitig ist der I. G. Farben-Konzern — er fabriziert sowohl den zarten Film, auf dem Greta Garbo lüchelt, wie auch den groben Stickstoff, für den sich nur Agriomen und Generale begeistern können.

Nach Deutschland begannen Norwegen, Frankreich, Spanien und England chemische Düngemittel herzustellen. In den europäischen Fabriken wurden alljährlich 4 Millionen Tonnen künstlichen Salpeters produziert. Die Welt konsumierte alles in allem anderthalb Millionen Tonnen Düngemittel. Die Stickstoffpreise sanken.

Die Besitzer der mächtigen Paläste in Arica und Antofagasta ließen die Köpfe hängen. Die Fabrikanten entlassen Tag für Tag Arbeiter. Die Arbeitslosen wollen essen, und in Chile ist es unmöglich. Die Regierung will die Salpeterkönige retten. Sie führt Verhandlungen mit den Deutschen. Sie schließt die kleinen Fabriken. Sie verringert den Salpeterexport. Dennoch sinken die Preise weiter. Darauf bildet die Regierung einen Trust, der alle Unternehmen zusammenfaßt. Das Kapital des Trusts beträgt drei Milliarden Piaster. Diese Piaster sind mit Dollars gekauft; der Trust wird von den Vereinigten Staaten gestützt. 700 Millionen Dollars werden in Chilesalpeter investiert. Die Regierung der chilenischen Republik ist nichts anderes als eine Filiale der Banken von New York. Die Vereinigten Staaten verlieren den Kopf; sie können keinen Weizen verkaufen. Der „Farmboard“ wirft Millionen zum Fenster hinaus. Wozu brauchen die Farmer Düngemittel? Der Boden ist ohnehin sündhaft fruchtbar! Es

gibt ohnehin zuviel Getreide! Niemand braucht mehr den fruchtbringenden chilenischen Salpeter. Die Arbeitslosigkeit in Chile nimmt zu. Die Flotte meutert. Die Flotte wird gezuhmt. Washington besteht auf schroffen Maßnahmen. Die Soldaten schießen. Die Salpetervorräte wachsen und wachsen.

Südlich vom Salpeterreich liegt das chilenische Patagonien. Dort sind die Menschen Weizen. Sie exportieren Korn nach Bolivien und Peru. Heute will niemand mehr patagonisches Getreide kaufen. Die Bauern flohen aus dem Süden nach dem Norden — in die Salpeterwälder. Die Arbeitslosen zogen aus dem Norden nach dem Süden zu Feldarbeit. Aber niemand braucht mehr Weizen, noch Salpeter, noch diese unglücklichen Menschen.

Da holt irgend jemand ein Stück Tuch hervor. Es flutet fröhlich über der Siedlung — es ist die rote Fahne der Revolution. „Nieder mit dem Trust!“ ... Washington sendet aufgelegte Kabeltelegramme — 700 Millionen Dollars sind kein Kinderspiel. Die Regierung der Republik erklärt die Kommunisten außer Gesetz. Es beginnt der Kampf um den Salpeter. Die Soldaten marschieren, die Soldaten schießen, und in den Straßen der Siedlung liegen tote Leichen. Die Ordnung hat gesiegt. Dennoch steigen die Salpeterpreise nicht. Die Vorräte wachsen. Die Hungerigen hungern.

Dies ist durchaus kein Sieg des synthetischen Stickstoffs — in den Fabriken Deutschlands sieht man ebenfalls trübliche Gesichter und stillstehende Maschinen, auf den Straßen Deutschlands sieht man ebenfalls rote Fahnen, Soldatengewehre und häßlich hingestreckte Leichen.

Der Weizen ist zu billig, die Farmer können keinen Stickstoff kaufen. Vor kurzem noch stillen Waggons mit Düngemitteln nach den Donaustraten. Heute düngen weder die Ungarn noch die Serben den Boden. Sie wägen bereit, ihn zu verzahnen, damit Disteln darauf wachsen. Vielleicht würde dann der Weizen im Preise steigen. Die Pakete, die chemische Düngemittel anpreisen, die Pakete mit bronzenfarbenen Achsen auf blauem Hintergrund, sind längst verblühen. Niemand beachtet sie. Was soll man mit den Millionen unverkaufter Quintale anfangen? Was soll man mit dem synthetischen Stickstoff anfangen? Es ist kein Frieden. Es ist noch kein Krieg. Zwischen Frieden und Krieg sind die Fabriken hilflos erstorben.

Die Deutschen schlagen vor, einen Weltkonzern zu schaffen, die Produktion einzuschließen, die Preissenkung zum Stillstand zu bringen. Chile widersetzt sich. Der Trust will sich auf keine Verständigung einlassen. Die Deutschen schlagen den Chilenen vor, nicht über 260.000 Tonnen Salpeter jährlich zu exportieren. Die Chilenen lehnen ab. Es beginnt ein Zollkrieg. Deutschland kauft kein chilenisches Kupfer. Chile kauft keine deutschen Maschinen. Chile sucht den Salpeter zu jedem Preis zu verkaufen, aber es gelingt ihm, im Jahr nur 140.000 Tonnen auszuführen. Die Franzosen wollen norwegischen Stick-

stoff kaufen. Aber die Franzosen wollen für sich die Konkurrenz in Norwegen durch Industrie erheben. Die norwegischen Kunststickerfabriken haben unter der Krise schwer gelitten, sie erwarten Preissenkungen. Weder die Norweger noch die Engländer sind aber für einen Weltkonzern bereit, sie unterstützen. Sie lehnen die französischen Vorschläge ab. Die Franzosen können die Deutschen zu Hilfe zu kommen lassen sich leicht in Sprengstoff umwandeln. Aber warum an Blut denken? ... Es handelt sich um Profite. Paris hat einen Besuch in Berlin. Es lächelt und erkundigt sich nach den Preisen. Es kann ein Abkommen zustande. Die Deutschen werden anderthalb Millionen Tonnen Frachtungen an Frankreich liefern.

Fast jeden Monat treten Konferenzen zusammen; die Delegierten haben die Märkte aufzudecken. Bei der ersten Konferenz waren die Delegierten ausgerüstet — sie hatten etwas zu vertreiben. Mit dem Jahre werden die Konferenzen immer stiller und elegischer. Sogar die Chilenen widersetzen sich nicht mehr. Ist es nicht einleuchtig, ob natürliche oder künstliche Stickstoff? Ist es nicht einleuchtig, was für ein Kontingent sich dieser oder jener Staat vorbehält? Die Märkte lassen sich aufteilen. Aber diese Märkte sind illusorisch. Wer wird Düngemittel kaufen, wenn sich kein Getreide verkaufen läßt? Wer wird für irgendwelche chemischen Präparate zahlen, durch die sich die Qualität des Weizens verbessern läßt, wenn die Chemiker jetzt mit einem anderen Problem beschäftigt sind, wie der verbesserte Weizen überhaupt unverwendbar zu machen sei?

Die Delegierten lächeln traurig. Der Salpeter indes — er harzt seiner Stunde. Die Menschen wollen mit ihm nicht den Boden düngen? Nun, so werden sie bald eine andere Verwendung für ihn finden — die Fabriken, die chilenischen und die deutschen und die französischen, werden wieder arbeiten, die Züge und Dampfer werden geschäftig unhebeln; König Heinrich IV. hat recht gehabt: der Salpeter stützt die Staaten und stützt die Throne! (Autorisierte Uebersetzung aus dem Russischen von Hans Ruoff.)

Opfer des bürgerlichen Sports

Oberhof, 29. Januar.

Bei der Thüringer Viererbob-Meisterschaft taste heute der Bob „Leipzig“ in der Kronprinzengasse in voller Fahrt über die Böschung und wurde zertrümmert. Sämtliche Insassen erlitten erhebliche Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Der Führer, Otto Schuchardt-Leipzig, trug einen Armbruch davon, der Bronner, Karl Gerloff, einen Oberschenkelbruch. Am schlimmsten wurde der Mitfahrer Rudolf Gerloff getroffen, der einen schweren Schädelbruch, einen Oberarm- und Oberschenkelbruch erlitt.

Ein deutscher Dampfer gestrandet

Kopenhagen, 29. Januar.

Der 2600 Tonnen große deutsche Dampfer „Peter Vith“, strandete heute vormittag bei Munkbjeerg, in der Nähe von Vejle. Er war auf der Reise nach Newcastle.

10% Rabatt

durch doppelte Marken erhalten Sie von Mittwoch, 1. bis Sonnabend, 4. Februar auf alle Waren (mit Ausnahme weniger Artikel). Verlangen Sie bitte in unseren Filialen den wichtigen Osterprospekt!

KAISER'S KAFFEE GESCHÄFT



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Die feindlichen Kräfte vergifteten aber unermüdet und unsichtbar die Luft der Kollektivwirtschaften und aus den wichtigsten Anlässen erhoben sich Rebellen. Der kleine Einzelwirtschaftler säte Unruhe; der Feind verkroch sich in diese noch ungeordneten Massen und fraß an ihnen wie eine Laus. Diesen Feind kannten wir, diesen Feind kannten auch die Mitglieder der Kollektivwirtschaften. Vor einigen Tagen war in einer Reihe von Versammlungen die Frage der Ausweisung Burakows und anderer Kulaken aus den Bezirken der Kollektivierung und die Konfiskation ihres Eigentums gestellt worden. Das war eine ermüdende und gefährliche Arbeit. Die Kommune erhielt einige anonyme Drohungen. In diesen Briefen hieß es, daß in den Reihen unserer Kommune sich Menschen befinden, die die Kommune heben und zu allem bereit wären, um sie mit Feuer, mit dem Messer, durch Schädlingarbeit zu vernichten.

Als wir in den Dörfern herumfahren, glauben die Bauern und Bäuerinnen — besonders die Bäuerinnen — nicht, daß wir ohne Petroleum, ohne ruhige Lämpchen leben werden, daß unsere neuen Lampen zu jeder Stunde des Tages und der Nacht in einer Sekunde angezündet werden können, daß in den Werkstätten, in den Kornkammern, überall wo bis jetzt Pferde- und Menschenkraft verwendet wurde, Elektrizität arbeiten werde. Sehr viele hatten noch niemals ihr Dorf verlassen und hatten keine Ahnung von der elektrischen

Kraft. Von Flugzeugen erzählte man nur komische Märchen. Unter unserem Himmel schwebten niemals Flugzeuge, noch niemals hatten sie ihre Sturmlieder über uns singen lassen. Heute waren alle diese Massen von allen Nachbarbezirken zu uns gekommen, um das Wunder zu erblicken. Wir wußten, daß dieses Ereignis ein ganz besonderes ist: die Lichter werden die Menschen durch ihre Plötzlichkeit und ihren Glanz blenden, auch wir Kommunisten werden ebenso wie diese Lichter in ihrem Bewußtsein aufglänzen, und unsere Kraft wird für sie unbesiegt sein wie ein Gewitter. Ich wußte, daß viele mit einem Mißtrauen hergekommen waren, und ihr Mißtrauen auch unter die anderen gesät hatten; viele dieser Menschen beobachteten uns mit einem verschlossenen, schlaun, spöttischen Lächeln wie Betrüger.

Und wäre plötzlich irgendeine Störung eingetreten, wäre an diesem Abend die Elektrizität nicht aufgelodert, so hätten diese Massen uns verhöhnt und sich im selben Augenblick in unsere verbissenen Feinde verwandelt. Unsere ganze Arbeit in den Dörfern wäre untergraben, und wir hätten uns künftig nicht mehr vor den Augen dieser Bauern und Bäuerinnen zeigen können; sie hätten uns gesteinigt, und wir hätten in unserer Kommune wie in einer Festung gesessen.

Ich drängte mich zwischen die Jugend, in die Reihen unserer und der Dorfjugend. Die Delegierten der Kollektivwirtschaften und andere Bauern und Bäuerinnen gingen in das Kraftwerk, mit panischem Schrecken erfüllt, angstlich die Häuse hervorstreckend. Und als sie es verließen, waren ihre Gesichter in dieser blauen Dämmerung verwirrt vor Staunen und berauschter Vorlegenheit. Die Masse umringte sie sogleich, drängte sich um sie, befaßte sie mit Fragen, und sie sprachen — regt, mit glänzenden Augen, hastig, sich mit den Worten verbrennend, gestikulierend, rasch atmend, als erzählten sie ein hinreißendes Märchen. Und die Gesichter dieser zusammengedrängten Massen erstarrten vor Neugierde und ungewöhnlicher Gedankenanspannung.

Matroscha drückte sich an mich, ließ mich nicht locker und atmete in plötzlichen Atemstößen, als verbräme sie sich unaufhörlich.

Sie krallte die Finger ineinander und sagte mit zuckendem Stimmchen: „Ich übernachtete bei dir, Galja... Und dann... zur Mutter kehre ich nicht mehr zurück... Bis heute versteckte ich mich bei fremden Menschen...“

Die Jugend stand einig, fröhlich und unruhig beisammen. Sie scherzten, lachten, sangen. Die Masse legte sich auf, lärmte wie bei einem Dorffest.

Ganz einfach fast unbemerkt, mit einer durchdringenden Plötzlichkeit loderten die Lichter auf. Sie loderten auf wie ein Blitz, verblendeten alle und erstarrten in glänzender Grellheit. An einigen Stellen kreischten die Frauen auf. Die Masse zuckte zusammen, verstummte, duckte sich und Mützen, Tücher, Schultern und Gesichter glühten auf wie Sonnenblumen. Die Menschen wichen in panischer Angst zurück, um dann wieder vorwärts zu strömen. Ein Wirbel von Köpfen und Schultern siedete auf, geriet in Erregung, lärmte, als stürme ein Wind über sie einher. Irgendwo in der Höhe dröhnte dumpf eine riesengroße Trommel.

Die Luft wurde ätherlos-tief und neblig-tot. Und in diesem tiefen Dunkel erglühete hoch oben in durchdringend scharfen, unertüchlich grellen Strahlen zwei riesengroße Sterne — hoch oben auf den Radionastspitzen brannten die Jupiterlampen. Von der Richtung des Hofes liefen zwischen den Gebäuden kleine Mädchen, Frauen, junge Burschen und schrien, vor Freude keuchend: „Sie brennen!... Sie brennen!... In allen Zimmern... alle Lämpchen! Und in den Korridoren!...“

Sie lachten und winkten mit den Händen und brüllten ohne Worte, nur mit den Köpfen, überwältigt, nicht wissend, wie sie ihre Freude ausdrücken sollten.

Auch ich loderte zusammen mit diesem wunderbaren Licht auf. Einhalb Jahre hatte ich hier gelebt, gelebt im Dunkel der blinden Nächte die voller unheimlicher Schatten und

unklarer Vorahnungen waren. Hier hatte ich gelernt, die nächtlichen Fernen zu fürchten, die ulerlose Stille und das geheimnisvolle Rascheln. Vielleicht ist diese unermessliche Stille, vielleicht ist dieses seltsame Rascheln der Dunkelheit ein ganz besonderes heimliches Leben, das sich nur in den tiefen Stunden des großen Schweigens des Dunkels vollzieht. Ich aber zitterte, ihm lauschend, von ihr aufgesogen und tief, von Angst gefügt, in das Licht meines Zimmers. Die Dunkelheit der Nächte war für mich der Schrecken der Einsamkeit. Das Licht verband mich mit den Menschen und mit der Welt, mit spürbaren, einfachen und heißen Fäden. Das elektrische Licht der Stadt war für mich schon ganz fern und unwirklich geworden, wie eine Erinnerung, wie die bebende Vision eines unruhigen Schlafes. Mit derselben Erregung wie alle diese Menschen hatte ich das Auflodern der blendenden Gestirne in der abendlichen, aschgrauen Dämmerung erwartet. Ich wartete mit stockendem Herzen. Es schien mir, daß gleichzeitig mit diesem stürmischen Auflodern etwas Ungewöhnliches, Gewaltiges geschehen werde, das den Menschen einen Schlag fürs ganze Leben versetzen wird. Ich sah weit geöffnete erstaunte Augen und stumme Schreie in den Gesichtern, und diese Augen waren geblendet, wie die Augen der Nachtvögel. Ich glaubte: noch einen Augenblick, und diese ganze Masse stürzt sich zu den lodern-glänzenden Fenstern des Kraftwerkes, wo in der Sonne die der stürmisch bellende Dieselmotor metallen spielt, stürzt mit Heulen, Dröhnen und Kreischen, wie bei einer Feuersbrunst dahin. Die Fenster würden dann klirrend die Scheiben herausspritzen, die Menschen würden einander zerdrücken und zerstampfen im Wirbel des heißen Staubes, wie während einer Massenpanik. Aber diese Menschen schwiegen verzaubert, geblendet, wie in einem Starckampf, blickten in die Lichter, auf die blühenden Fenster und lächelten — lächelten einfach, kindlich in hilfloser Begeisterung. Sie sprachen miteinander leise, fast flüsternd.

(Fortsetzung folgt.)

Um Kohle, Strom und Dividende

Eine „Unternehmer-Persönlichkeit“ wird entthront. / Von Hans Jacobsohn

Seit seinem 26. Lebensjahre steht Dr. Silberberg an der Spitze der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation. Lange Jahre war er Direktor, jetzt ist er Vorsitzender des Aufsichtsrats. Er ist, wenn man so will, eine „freie Unternehmerpersönlichkeit“. Die Rheinbraun (wie die Abkürzung lautet) ist eine der ersten Aktiengesellschaften des Landes, als Vorsitzender ihres Aufsichtsrats nahm Dr. Silberberg eine dementsprechende öffentliche Stellung ein. Er hatte geglaubt, daß das Vertrauen, das die Unternehmervelt zu ihm und seinem Lebenswerk habe, genügen würde und daß er die üblichen Manipulationen nicht nötig hätte, um die Unabhängigkeit seines Unternehmens und die Stärke seiner Stellung zu behaupten. Er verzichtete auf Vorzugsaktien, er hüllte im Portefeuille der Gesellschaft keine Vorratsaktien in ausschlaggebender Menge auf, mit deren Hilfe er sich in den Generalversammlungen einen größeren und entscheidenden Einfluß hätte sichern können. Er verzichtete auf diese Mittel und verfügte nur über einen Stammaktienbesitz von nominal noch nicht einer Million, wozu nur noch ganze 2 Millionen Stammaktien als Vorratsaktien von insgesamt 72,9 Millionen Stammaktien kamen. Kurzum, Silberberg glaubte, daß man seine Arbeit respektieren würde und fühlte sich vollkommen sicher.

Doch er hatte sich verrechnet. Als er die Mitteilung von Flick bekam, daß dieser seine 21 Millionen Rheinbraunaktien verkaufen wolle, nahm er diese Mitteilung nicht besonders wichtig. Er ahnte kaum, daß zu der gleichen Zeit die Thyssensche Familie ihre 8 Millionen Stammaktien verkaufen würde, er konnte vor allem nicht vermuten, daß Flick und Thyssen ihren Aktienbesitz ausgerechnet an das RWE (das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk) abgeben würden. Man muß nämlich wissen, daß das RWE von den Kommunen des Rhein- und Ruhrgebietes beherrscht wird; sie haben die Majorität im Aufsichtsrat. Flick und Thyssen kümmerten sich nicht viel um die kapitalistische Ideologie von der „freien Unternehmerpersönlichkeit“. Die Unternehmer üben untereinander nur dann Solidarität, wenn es gegen die Arbeiter geht. Auf den Tagungen der Unternehmerverbände und Handelskammern werden große Reden gegen die Einflußnahme des Staates in die private Wirtschaft gehalten, wenn es aber in der Praxis darum geht, eine „freie Unternehmerpersönlichkeit“ wie Silberberg zu halten oder ihn einem „öffentlichen“ Unternehmen wie dem RWE unterzuordnen, dann entscheiden lediglich die Interessen an Profit und Dividende.

Warum verkaufen Flick und Thyssen ihren Aktienbesitz an das RWE? Der Käufer, das RWE, verfügt nicht einmal über das nötige Bargeld, um die Aktienpakete zu kaufen. Die Rheinbraunaktien werden zu einem Kurse von 250 Prozent übernommen. Der Preis wird nur zu etwa 10 Prozent bar bezahlt, für den Rest erhalten Flick und Thyssen Aktien des RWE zu diesem Zwecke wird das Aktienkapital des RWE entsprechend erhöht werden. Den Kern des Geschäftes für Flick und Thyssen dürfte die Garantie des RWE für eine Mindestdividende von 12 bis 14 Prozent bilden, während Flick zum Beispiel bisher nur 9 bis 10 Prozent auf seine 21 Millionen Rheinbraunaktien, gleich rund 2 Millionen, erhielt. Aus begrifflichen Gründen ist keine eindeutige Mitteilung über die Höhe der garantierten Mindestdividende zu erhalten. Während die „Frankfurter Zeitung“ vom 18. Januar 5 bis 6 Prozent annimmt, wird in einer Mitteilung vom 20. Januar von einem Parallellfall gesagt, daß die Dividendengarantie des RWE sich auf 14 bis 15 Prozent erhöht habe. Wenn man rechnet, daß für die Rheinbraunaktien knapp 3 RWE-Aktien gegeben werden sollen, kann man sagen, daß Flick etwa reichlich 50 Millionen RWE-Aktien erhält und bei einer Dividende von — nehmen wir nur an — 6 Prozent sich der Dividendenbetrag auf rund 3 Millionen gegenüber bisher 2 Millionen erhöht. Es geht also um die Dividende!

Warum läßt sich das RWE nun die Erwerbung der Rheinbraunaktien so angelegen sein und stürzt sich in solche Unkosten? Es geht um die Majorität der Rheinbraun, der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation. Wie die letzten Meldungen erkennen lassen, scheint es der RWE zu gelingen, auch einige kleinere Aktienbindel zu übernehmen, so daß sie über die Majorität der 72,9 Millionen Stammaktien der Rheinbraun verfügen kann. Das RWE ist in erster Linie ein Komplex von Großkraftwerken mit einem Anhängsel von Braunkohlengruben.

In den letzten Jahren hat es sich in Süddeutschland und Oesterreich am Ausbau von Wasserkraftwerken beteiligt. Die Rheinbraun hingegen stellt einen Konzern von Braunkohlengruben und Brikettfabriken dar, der nur nebenbei einige Kraftwerke betreibt. Da nun die Industrie in den letzten Jahren infolge der Krise immer weniger Strom abnahm, durch die Expansion (Ausdehnung) des RWE in Süddeutschland und Oesterreich die Differenz zwischen der Kapazität der Kraftwerke und dem Stromabsatz immer größer wurde, wendet sich das Interesse des RWE immer mehr den kommunalen Stromabnehmern zu. Während bis zur Krise und ihren Auswirkungen das RWE und die Rheinbraun zusammenarbeiteten — diese Zusammenarbeit fand unter anderem technisch ihren Ausdruck in der gewaltigen bei Braunweiler errichteten Stromausgleichsstelle — befinden sie sich in letzter Zeit in einem hartnäckigen Konkurrenzkampf um die Versorgung der Kommunen. So gelang es kürzlich der Rheinbraun in der Stadt Bonn das RWE aus dem Felde zu schlagen, wobei die Stadt erhebliche Verbesserungen finanzieller Art im Vertrag herausbrachte. Auch in Köln und Essen bekam das RWE die Konkurrenz der Rheinbraun zu

spüren. Auf die Dauer kann es aber die RWE nicht zulassen, daß ihre Strompreise durch die Konkurrenz der Rheinbraun heruntergedrückt werden. Die Proleten aus dem dem RWE angeschlossenen Städten können ein Lied über die hohen Strompreise singen, kam es doch, wenn wir uns recht erinnern, gerade in diesen Städten zu Elektrizitäts-Streiks; man holte die Petroleum-Finzel wieder aus der Rumpelkammer. Da nun also das RWE die Konkurrenz der Rheinbraun so fürchten muß, die Differenz ihrer Stromzeugung und ihres Absatzes durch die Expansion im Süden und die Verringerung des Stromverbrauchs der Industrie sich so stark vergrößert hatte, brauchte das RWE notwendiger denn je den Absatz in den Kommunen.

Wenn die Kommunalvertreter im RWE wirklich die Interessen ihrer Gemeinden wahrnehmen würden, dann müßten sie die gegenwärtige Lage dazu ausnützen, um auf eine Senkung der Strompreise zu drücken. Aber auf der anderen Seite steht das Interesse der Stadtverwaltungen an der hohen Dividende. An die gegenwärtige Notlage der Gemeinden und den mangelnden Einfluß der proletarischen Stromverbraucher denken natürlich die Kommunalvertreter dabei nicht. Und wer sind schon die Kommunalvertreter? Es ist die kommunale Bürokratie, es sind die Oberbürgermeister der großen Städte. Die Reformisten haben die „öffentliche Wirtschaft“, und hierzu gehört in erster Linie das RWE, als ein Stück Sozialismus gepriesen. Und obwohl es hier bei der RWE wie überall ist, die Stromproduktionsmöglichkeiten viel höher als der Absatz sind, also Strom im Überfluß vorhanden ist, hat das RWE die nackten kapitalistischen Profitinteressen vertreten und nicht nur dem Proleten hohe Preise

für den Strom abgenommen, sondern auch den Herren Flick und Thyssen Millionen Dividenden garantiert. So arbeitet die „öffentliche Wirtschaft“ allein zum Nutzen der Kapitalisten.

Schließlich geht es auch um die Braunkohlen- und Brikettquoten. Das RWE wird, wenn es die Majorität an der Rheinbraun erworben hat, auch im Rheinischen Braunkohlensyndikat die Uebermacht haben. Ihre Brikettquote wird, nach einer Aufstellung der „Frankfurter Zeitung“ vom 18. Januar 1933, 62,66 Prozent betragen) das heißt, sie hat das Recht 62,66 Prozent des Gesamtbrikettabsatzes zu liefern, die Rohbraunkohlenquote 55,53 Prozent.

Die „freie Unternehmerpersönlichkeit“ Dr. Silberberg ist ihrer „Freiheit“ beraubt und entthront worden. Für freie Unternehmerpersönlichkeiten ist heute kein Platz mehr in der kapitalistischen Wirtschaft. In einigen wesentlichen Wirtschaftszweigen (so im Braunkohlenbergbau und der Stromversorgung) verwachsen die Interessen der Unternehmer untrennbar mit denen des Staates, der Kommunen und deren Unternehmungen. Es bildet sich eine Wirtschaftsverfassung, die nicht mehr die des Privatkapitalismus ist, sondern als Staatskapitalismus bezeichnet wurde. Wie das Beispiel RWE-Rheinbraun zeigt, ändert sich dabei am Ausbeutungscharakter, d. h. an dem Verhältnis der Unternehmungen zum Proletariat nichts. Unter dem Druck der Auswirkungen der Krise, unter der Sucht, auch jetzt noch die Profite aufrecht zu erhalten, flüchten sich die Unternehmer in die Arme des Staates und in diesem Falle der großen und kleinen Kommunen. Es ist die Konzentration der Macht des Staates mit der Macht der Unternehmer, die sich hier formt.

Bericht vom ADGB-Betriebsräte-Kongreß

Mittwoch, den 25. Januar, erstattete in der vom Gesamtverband Breslau einberufenen Betriebsräteversammlung der „Delegierte“ von dem Wirtschaftsbezirk Schlesien, der Betriebsratsvorsitzende Müller der Fahrabteilung Straßenbahn, den Bericht von der Betriebsrätekonferenz des ADGB in Berlin. Nach dem Bericht muß diese Konferenz auf einem sehr tiefen geistigen Niveau gestanden haben, denn man hatte sich im großen und ganzen nur mit drei Paragraphen des Betriebsrätegesetzes beschäftigt, nämlich mit dem Entlassungsparagraphen, mit dem Paragraphen, welcher die Rechte und Pflichten befaßt und dem Unfallparagraphen. Außerdem stellte man die Tätigkeit der Betriebsräte in Rußland denen der in Deutschland gegenüber mit dem Resultat, daß die deutschen Betriebsräte mehr Rechte hätten als die russischen (!!). Die Referate, welche auf dem Kongreß gehalten wurden, spielten bei Müller eine untergeordnete Rolle, da er sie fast gar nicht in Erwähnung brachte. Daß Leipart gesprochen hat, wurde von ihm gar nicht erwähnt, er hielt es aber für wichtig, hervorzuheben, daß der Kongreß unter dem Freiheitsglocke der SPD gestanden hätte.

In der Diskussion schwang zuerst Tam m (KPD) seine üblichen „revolutionären“ Tiraden. Auf Einwurf der Versammlung, einmal doch klarzustellen, was er will, las er die vor kurzem in der „Arbeiter-Zeitung“ gebrachten Kampfforderungen vor, welche sich die neu aufgestellten Betriebsratskandidaten zu eigen machen müßten. Unter großem Gelächter, weil soviel Widersprechendes in den Kampfforderungen ist, mußte er abtreten.

Von der SAP sprachen die Gen. Engel und Schwarz. Der letztere wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der ADGB nach außen immer parteipolitisch neutral dastehen will, aber gerade Koll. Müller hat bewiesen, daß durch parteipolitischen Freiheitsglocke doch eine bestimmte Partei politischer Einstellung beim ADGB hervortritt, und nur den anderen politisch eingestellten es zur Pflicht gemacht wird, parteipolitisch neutral zu bleiben. Wenn das in Zukunft nicht anders wird, so muß das zu den schwersten Schädigungen der Gewerkschaften führen, weil man niemandem zumuten kann, mit seinem Gelde eine Partei zu finanzieren, mit der man auf Grund ihrer ganzen politischen Haltung nichts zu tun haben will. Zumindest trägt diese Einstellung des ADGB nicht werbenden Charakter. Der Gen. Schwarz wies ferner darauf hin, daß der Betriebsrätekongreß in der heutigen Zeit andere Probleme zu behandeln gehabt hätte, als wie die von Müller vorgetragenen. Neben dem großen politischen Problem wäre es z. B. nötig gewesen, die große Gefahr, die die Führungsglieder für die Tarifverträge und die noch tariflich Beschäftigten darstellen, zu behandeln. Er führte Fälle von der Gartenverwaltung an, wo durch Fürsorgearbeiter ständige Arbeiter ersetzt worden sind.

Ferner wies Gen. Schwarz auf den Freiwilligen Arbeitsdienst hin, wo neben der Gefahr für den Tarifarbeiter auch die Wehrfrage eine ungeheure Rolle spielt. Er zeigte die Gefahren auf, die proletarische

Organisationen heraufbeschwören durch ihre Stellungnahme zum Wehrsportgedanken, siehe Reichsbanner usw. Und zum Schluß als Problem für die Behandlung auf dem Betriebsrätekongreß die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte und des Reichsarbeitsgerichts, welches in letzter Zeit immer mehr und mehr frühere günstige Urteile für Betriebsratsmitglieder aufhebt und durch ungünstige ersetzt, also auch hier Faschisierung wie überall. Gen. Schwarz fand es unglücklich, daß von einer Körperschaft in der Zusammensetzung wie sie der ADGB ist, durch die Gegenüberstellung der deutschen mit den russischen Betriebsräten eine echt bürgerliche Rußlandhetze betrieben wird. Es müßte im Gegenteil bei all unserer kritischen Einstellung zum KP Deutschlands und ihrer sonstigen organisatorischen Unfähigkeiten, für jeden deutschen Arbeiter eine Ehrenpflicht sein, im russischen Arbeiter den Pionier zu erblicken, der es gewagt hat, in einer Welt von kapitalistischen Feinden das Reich des Sozialismus aufzurichten. Gen. Schwarz wies ferner darauf hin, daß wenn die RGO bei den Betriebsräte-wahlen 1931 einen Gewinn von 100 Prozent verbuchen konnte, dies nicht ein Verdienst der RGO-Strategen ist, sondern die Schuld der reformistischen Gewerkschaftsführer. Ihrer Politik wäre es auch zuzuschreiben, wenn im Jahre 1933 bei den Betriebsräte-wahlen die RGO und die NSBO ganz erhebliche Gewinne verbuchen werden können. Der ADGB hätte allen Grund, seine Bindung an die eine politische Partei der SPD zu lösen, um nicht als große überparteiliche Organisation in den Bankrott dieser Partei hineingerissen zu werden. Freiheit kann nicht durch Rufen und Handhochheben herbeigeführt werden, sondern Freiheit kann es nur durch Kampf geben.

Der nachfolgende SPD-Redner sowie der Versammlungsleiter Koll. Groß und der Koll. Müller im Schlußwort hatten den Ausführungen des Koll. Schwarz nichts entgegenzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die unsinnigen Schauergeschichten, die von der „Arbeiter-Zeitung“ in letzter Zeit wieder über angebliche Vorgänge bei den Breslauer Gemeindefabrikanten und über unsere Genossen in den Gemeindebetrieben verbreitet werden, zurückzuweisen.

So schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ unlängst, daß unter Beihilfe unseres Gen. Schramm Verhandlungen gepflogen worden seien, um die Gemeindefabrikanten abzubauen. Daran ist kein Wort wahr, es hat keine derartige Sitzung oder Verhandlung stattgefunden. Richtig ist, daß am dem fraglichen Sonntagabend, dem 21. Januar 1933, eine Schiedsstellensitzung mit dem Arbeitgeberverband Dr. Sternberg-Rasch, Berlin, als Arbeitgebervertreter stattgefunden hat. Die Schiedsstelle befähigte sich lediglich mit den neuen Bezirksvereinbarungen RMT G 9.

Wir fragen: Wem soll es nützen, wenn die „AZ“ derartige unsinnige und unwahre Berichte, die ihr irgendein Narr zu trägt, unkontrolliert und hemmungslos abdruckt?

Genau so verhält es sich mit der Behauptung, daß unser Gen. Schwarz mit dem Delegationsmodus bzw. der Delegierung von Müller zur Betriebsrätekonferenz einverstanden gewesen sei. Das genaue Gegenteil ist richtig.

Im übrigen ist der Schreiber der beiden letzten Artikel in der „AZ“, der Koll. Tam m, von der KPD so zu betrachten, als wie ihn die Gemeindefabrikanten in ihren Versammlungen bewerten, indem sie ihn mit Gelächter empfangen und mit Gelächter abtreten lassen.

Streikverbot in Dänemark

In der Sitzung des Folketings vom 28. Januar brachte der Ministerpräsident eine Gesetzesvorlage über eine Verlängerung des Uebereinkommens zwischen Unternehmern und Arbeitern und über ein Verbot der Arbeitseinstellung ein. Der Vorschlag geht darauf hinaus, daß alle zwischen einer Arbeiterorganisation oder einem einzelnen Betrieb eingegangenen Uebereinkommen bis zum 1. Februar 1934 in Kraft bleiben sollen. In der Zeit bis zum 1. Februar 1934 sollen Aussperrungen oder Streiks verboten sein. Unter Leitung des Ministerpräsidenten soll ein Ausschuß eingesetzt werden, der die bestehenden Gesetze und Vorschriften zur Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten prüfen und Vorschläge ausarbeiten soll, die im Oktober 1933 dem Reichstag vorgelegt werden, und die die Interessen der Volksgemeinschaft bei Arbeitskonflikten in gehöriger Weise sichern sollen. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

Formal richtet sich dieses Gesetz der sozialdemokratischen Regierung Dänemarks gegen die jetzt von den Unternehmern angeordnete Aussperrung. Das mag manchen Arbeiter veranlassen, das Gesetz für nützlich und arbeiterfreundlich anzusehen. In Wirklichkeit ist es höchst gefährlich und arbeiterfeindlich. Es raubt das elementare Recht des Proletariats, das Streikrecht. Und das muß in einem kapitalistischen Staat immer gegen die Arbeiterschaft ausgeschrieben werden. Deshalb halten wir diese sozialdemokratische Gesetzesmacherei für arbeiterfeindlich im höchsten Grade.

Rund um Zeit

Polizei im Stadtverordneten-saal

Zur Neuwahl des Stadtverordnetenpräsidiums gaben die Kommunisten eine Erklärung ab, die neben den üblichen ultralinken Phrasen die Einheitsfront forderte. Selbstverständlich meinen sie es ebenso wenig ehrlich wie die Sozialdemokraten, die den Kommunisten Verrat wegen der Oberbürgermeisterwahl und Mandatsschleicherei wegen Liebmann und Leonhardt vorwarfen. Auch sie redeten natürlich von der Einheitsfront. Ein Ausspruch Buschs (SPD) verdient festgehalten zu werden, daß die Kommunisten nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite sitzen müßten. Wo müßte da manchmal die SPD sitzen? Die Bürgerlichen und Nazis sind natürlich mit der Geschäftsführung Dörings einverstanden und schlagen ihn wieder zum Vorsteher vor. Genosse Agricola (SAP) gibt die Erklärung ab, daß er, obwohl er im grundsätzlichen Gegensatz zur Politik der SPD stehe, seine Stimme dem Sozialdemokraten geben werde, um für die Einheit der Arbeiterklasse zu demonstrieren. Dann wendet er sich zu den Bürgerlichen: „Die Zerrissenheit der Arbeiterparteien sollen Sie nicht zum Anlaß nehmen, sich schadenfroh zu fühlen. Die Zeit wird kommen, wo sich die Arbeiter zusammenfinden, und dann wird Ihnen das Lachen vergehen, meine Herren von der Rechten.“ Döring wird dann im ersten Wahlgang mit 18 Stimmen von 33 gewählt. An der weiteren Wahl beteiligen sich die Arbeitervertreter, außer den Kommunisten, die für Neik stimmen, nicht mehr. Somit ist ein marxistenreines Präsidium gewählt. Stadtbaurat Lorey hat seine Wiederwahl abgelehnt, und zwar aus rein „ideellen“ Gründen. Er steht sich nämlich dann materiell schlechter als wenn er seine ihm zustehende Pension bezieht. Die Bürgerlichen kommen gleich mit einem neuen Manne, den sie in Vorschlag bringen. Der neue Mann — wir stellen ihn vor: Nazi-Richter aus Chemnitz. Die Kommunisten stellen den Antrag, die Stelle zugunsten der Erwerbslosen einzusparen. Die SPD schließt sich dieser Stellungnahme an. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt. In der folgenden Wahl wird der „Nazi“-Richter als Stadtbaurat gegen die Stimmen der Linken auf zwölf Jahre gewählt. Am 1. März haben wir das Vergnügen, diesen Herrn kennen zu lernen. Bei der Vorlage um Höherbesoldung des früheren sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Löffler um 2000 RM das Jahr und 3000 RM Rückzahlung kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Die Bürgerlichen entrüsteten sich scheinheilig mit der „Notlage“ der Stadt usw.; aber wenn es sich um ihresgleichen handelt, können sie nicht genug materielle Vorteile herauschinden. Bei Goldstein wohnen zwei Seelen in der Brust: auf der einen Seite verurteilt er die Höherbewilligung, aber will es die andern auch kriegen — stimmen wir der Vorlage zu. Müller Euno, der mit den Bürgerlichen durch dick und dünn geht, provoziert die Arbeitervertreter fortwährend. Bei der verständigen Erregung wird Goldstein vom Vorsteher auf zwei Sitzungen ausgeschlossen. Da er den Saal nicht verläßt, wird er durch die Polizei hinausgeführt. Darauf verläßt die Linke die Sitzung. Genosse Agricola ruft dem Vorsteher beim Hinussgehen zu: wenn er die Arbeiterschaft weiter so provozieren werde die Arbeiterschaft sich zu helfen wissen.

Versammlungskalender

SAP Lausitz

Wochenendkursus mit dem Genossen Sternberg am Sonntag, dem 4. und Sonntag, dem 5. Februar, im Fr. August Bad in Neugersdorf. Thema: „An welchem Punkt der Krise stehen wir?“ Teilnehmerbeitrag für Vollarbeiter 25 Pfg., für Kurzarbeiter, Erwerbslose und Jugendliche 15 Pfg. Uebernachtungsgelegenheit in der Jugendherberge und in Privatquartieren. Wir bitten um rege Beteiligung. Beginn Sonntag pünktlich 19 Uhr.

Erweiterte Bezirksvorstandssitzung am Sonntag, dem 4. Februar um 16 Uhr, im „Fr. August Bad“ in Neugersdorf. Tagesordnung: Die innerparteiliche Situation und Organisationsfragen.

Besprechung der Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensleute der SAP Lausitz am Sonntag, dem 4. Februar um 17 Uhr, im „Fr. August Bad“ in Neugersdorf. Wir bitten um vollzähliges und pünktliches Erscheinen.

Bekleidungs-Arbeiter

Alle Genossen, alle Genossinnen, die im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband organisiert sind, besuchen

heute

die im Gewerkschaftshaus stattfindende Jahrgeneralversammlung.

Verbandsbuch nicht vergessen!